



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen



Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1901

03.04.1901 - Sitzung Nr.12

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

N^o. 12.

Verhandlungen der Bürgerschaft.

Sitzung vom 3. April 1901.

Entschuldigt waren folgende Herren:

Mehlis, Justus.	Nagel, W. R.
Bischoff, F.	Ordemann, Johs.
Bömers, H. F. G.	Rutenberg, Heinr.
Bunnemann, Chr. Aug.	Struckmann, Helmr.
Lamcke, H. W.	Tebelmann, C. A. L.
Lehmkuhl, Heinr.	Uhlenhoff, W.
Miehe, Fritz.	Vietsch, G. F. H.

Bill, R. W. A.
Wolf, Dr. jur.

Wuppesahl, H. A.

Nicht entschuldigt waren folgende Herren:

Bischoff, F. H.	Kaemena, Fr.
Finke, Carl.	Lustfeld, M. L.
Fritz, F. G.	Menke, Joh.

Gegenstände der Tagesordnung:

	Verhandelt Seite		Verhandelt Seite
I. Mitteilung des Senats vom 26. März 1901:		V. Mitteilung des Senats vom 15. Januar 1901:	
5. Nachbewilligung auf das Budget der		1. Schaffung neuer Beamtenstellen für das	
Banndeputation, Abteilung Wasserbau	198	nächstjährige Budget	200
6. Nachbewilligung auf das Budget der		4. Oberpfleger und Oberpflegerin des	
allgemeinen Bauverwaltung	198	St. Jürgenapfels	200
7. Neuregelung des Gehalts der Stelle des		VI. Mitteilung des Senats vom 19. März 1901:	
Vorstandes des Bureaus für Häfen und		1. Grundzins in Bremerhaven. (N. 3. Verh. gef.)	
Eisenbahnen	198	VII. Antrag betreffend Reform des Wahlrechts für die	
8. Verlegung der Gossanstadt	198	Bürgerschaft. (N. 3. Verh. gef.)	
9. Geschenk von J. H. Harjes	198	VIII. Mitteilung des Senats vom 26. Februar 1901:	
II. Ergänzung		1. Antrag auf Abänderung des § 21 der	
der Kommission für Submissionen	198	Verfassung und der §§ 2 und 5 des Gesetzes,	
der Wahldeputation durch Klasse 1	198	den Senat betreffend. (N. 5. Verh. gef.)	
der Centralquartierdeputation durch Klasse 1	198	IX. Mitteilung des Senats vom 23. März 1900:	
der Deputation für die Neustädter Bollwerke		4. Bau des Speichers VII im Freibezirk.	
durch Klasse 1	198	(N. 3. Verh. gef.)	
der Deputation betreffend Anschluß von Teilen		X. Mitteilung des Senats vom 29. Juni 1900 und	
des Landgebiets an die Stadt durch Klasse 4	199	Bericht der Kommission:	
der Deputation betreffend Neubau des		7. Revision der Medizinalordnung.	
Stadthauses durch Klasse 7/8	199	(N. 3. Verh. gef.)	
der Behörde für die Landschulen durch Klasse 3/8	199	XI. Mitteilung des Senats vom 12. Februar 1901:	
III. Mitteilung des Senats vom 2. Februar 1901:		2. Ausdehnung des Schlachthofswanges.	
Budget für das Rechnungsjahr 1901	200	(N. 3. Verh. gef.)	
IV. Mitteilung des Senats vom 29. Januar 1901:		XII. Mitteilung des Senats vom 29. März 1901:	
4. Bauliche Änderungen in der Schule an der		4. Uebertragbarkeit von Posten des Budgets	
Birkenstraße. (N. 3. Verh. gef.)		der Regierungskanzlei. (N. 3. Verh. gef.)	

Herr Th. Bruner präsiidierte.

Eröffnung der Sitzung 6 Uhr 20 Minuten.

Das Protokoll der vorigen Sitzung wurde genehmigt.

Präsident: In einem Schreiben des Senats vom 2. April wird dem Bürgeramte angezeigt, daß für den Gegenstand „Neuregelung des Gehalts der Stelle des Vorstandes des Bureaus für Häfen und Eisenbahnen“ Herr Senator Dr. Barkhausen zum Kommissar des Senats ernannt worden ist. Ferner ist eine Mitteilung des Senats vom 2. April eingegangen, worin der Senat dem Antrage der Deputation für Häfen und Eisenbahnen, betreffend „Neuregelung des Gehalts des Vorstandes des Bureaus für Häfen und Eisenbahnen“ seine Zustimmung erteilt. Dieselbe Mitteilung enthält ferner einen Nachtrag zum Budget für Volksschulen, der beim Budget zur Verhandlung kommen kann und Bewilligung einer fünften Rate für den Neubau der Gasanstalt. Sodann ist eingegangen eine Petition, unterschrieben von den Herren Schröder und Dr. Eggers, welche den Mitgliedern gedruckt zugegangen ist. Sie beantragen:

Die Bürgerschaft wolle dahin wirken, daß

1. die Bestimmungen der Verordnung vom 3. Juli 1897, betreffend die Bedürfnisfrage, nicht nur aufrecht erhalten, sondern auch strenger als bisher gehandhabt werden,
2. die Erlaubnis zum Ausschank aller alkoholhaltiger Getränke, auch von Bier und Wein, von dem Nachweise eines vorhandenen Bedürfnisses abhängig gemacht wird,
3. an Kinder unter 14 Jahren kein Brauntwein aus Wirtschaften oder im Kleinhandel verabfolgt werden darf.

Herr Formann: Ich erlaube mir, zu beantragen, diese Petition dem Stadtausschusse zur weiteren Veranlassung zu überweisen.

Der Antrag wurde genügend unterstützt und angenommen.

Nr. I der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 26. März 1901:

5. Nachbewilligung auf das Budget der Baudeputation, Abteilung Wasserbau.

Herr Johs. Tideman: Es liegt ein ausführlicher Bericht der Baudeputation vor, und ich hoffe, daß Sie demselben zustimmen. Ich darf bemerken, daß die Eisbrecher ihre Aufgabe nach Kräften erfüllt haben. Sie haben während der langen Eisperiode das Fahrwasser freigehalten und der Schifffahrt zugänglich gemacht.

Der Antrag der Baudeputation, Abteilung Wasserbau, wurde angenommen.

6. Nachbewilligung auf das Budget der allgemeinen Bauverwaltung.

Der Antrag der Baudeputation wurde ohne Debatte angenommen.

7. Neuregelung des Gehalts der Stelle des Vorstandes des Bureaus für Häfen und Eisenbahnen.

Herr Smidt: Ich habe dem Berichte nichts hinzuzufügen und bitte die Bürgerschaft, den Antrag der Deputation anzunehmen.

Der Antrag der Deputation für Häfen und Eisenbahnen wurde angenommen.

8. Verlegung der Gasanstalt.

Der Antrag wurde dabattelos angenommen.

9. Geschenk von John H. Harjes.

Herr Garde: Ein jeder, der die beiden Reiterstandbilder vor dem Rathause gesehen hat, wird sagen, daß dies die glücklichste Lösung der Aufstellung dieser Reiterstandbilder auf diesem Plage ist. (Sehr richtig!) Ich glaube, daß Abstand davon genommen werden kann, noch irgend welche Versuche an anderer Stelle zu machen und ich freue mich, daß die Frage eine derartige Lösung gefunden hat. Ich bitte den vorliegenden Antrag anzunehmen.

Der Antrag des Senats wurde angenommen.

Nr. II der Tagesordnung:

Ergänzungen:

der Kommission für Submissionen.

Herr Rippe: Ich erlaube mir, Herrn Richter Dr. Kirchhoff vorzuschlagen.

Gewählt wurde per Akklamation Herr Richter Dr. Kirchhoff.

der Wahldeputation durch Klasse I.

Wahlaussatz: 1. Herr Dr. Bulling, 2. Herr Dr. Heumann.

Gewählt wurde Herr Dr. Bulling.

der Centralquartierdeputation durch Klasse I.

Wahlaussatz: 1. Herr Professor Dr. Pöple, 2. Herr Dr. von Pustau.

Gewählt wurde Herr Professor Dr. Pöple.

Deputation für die Neustädter Bollwerke durch Klasse I.

Wahlaussatz: 1. Herr Richter Dr. Lürman, 2. Herr Professor Dr. Fergt.

Gewählt wurde Herr Richter Dr. Lürman.

Deputation, betreffend Anschluß von Teilen des Landgebiets an die Stadt durch Klasse IV.

Wahlaussatz: 1. Herr Ad. Brinckmann, 2. Herr Tippenhauer.

Herr Blome: Ich erlaube mir 3. Herrn Rhein vorzuschlagen.

Gewählt wurde Herr Tippenhauer.

Deputation, betreffend Neubau des Stadthauses durch Klasse VII—VIII.

Wahlaussatz: 1. Herr Hormann, 2. Herr Wente.

Gewählt wurde Herr Hormann.

der Behörde für die Landschulen durch Klasse III—VIII.

Wahlaussatz: 1. Herr Dr. Danziger, 2. Herr S. Hartmann.

Herr Böttcher: Ich erlaube mir 3. Herrn Robert Meyer vorzuschlagen.

Gewählt wurde Herr Robert Meyer.

Nr. III der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 2. Februar 1901:

Budget für das Rechnungsjahr 1901.

Präsident: Wir können wieder so verfahren wie in früheren Jahren, daß nur solche Anträge zur Verhandlung kommen, welche eine Vermehrung oder Verminderung der betreffenden Position zur Folge haben, und daß alle übrigen Anträge für eine spätere Verhandlung zurückgestellt und erst dann begründet werden.

A. Generaldebatte.

Herr Holscher: Ich finde unter Außerordentliche Einnahmen II. Vergütete Zinsen: 1. Unterweserkorrektion, Ausgleich 589 400 M. 2. Zinsen des Aufwandes für Herstellung einer neuen Fahrbahn in der Außenweser 180 000 M., unter III. Uebertrag aus dem vorigen Rechnungsjahre: 1. Polizeibureau am Banzenberg 50 000 M., 2. Straßenbaubureau an der Tiefer 61 000 M., 3. Radfahrwege im Landgebiete 13 000 M. Das sind Posten, die eigentlich nicht richtig angegeben sind; das müßte eigentlich heißen: Aus den Anleihen des Fonds für außerordentliche Verwendungen. Jetzt sieht es so aus, als wenn es Einnahmen wären, es sind aber solche nicht, sondern Schulden, die kontrahiert werden. Sie werden aus dem Anleihesonds einfach angeliehen und sind eigentlich nur in dem Sinne Einnahmen, als sie aus den Anleihen hervorgehen. Ich möchte bitten, daß das im Generalbudget zum Ausdruck kommt.

Senatskommissar Herr Bürgermeister Dr. Gröning: Was Herr Holscher sagt, ist nur in Bezug auf den Titel

Unterweserkorrektion, Ausgleich, richtig. Das ist allerdings aus Anleihen genommen; ich glaube aber, daß es nicht nötig ist, das jedesmal wieder ins Budget hineinzuschreiben, denn jeder, der sich um die Sache kümmert, weiß, daß es aus dem Fonds für außerordentliche Verwendungen gedeckt wird, der durch Anleihen gespeist wird. Mit den übrigen angeführten Posten verhält es sich aber anders. Die Zinsen des Aufwandes für Herstellung einer neuen Fahrbahn in der Außenweser werden aus dem Fonds vom Tonnen- und Bakenamte bezahlt, der vom bremischen Staatshaushalte gänzlich getrennt ist, aus den Einnahmen des Tonnen- und Bakenamtes. Die drei anderen Posten unter III sind Uebertragungen aus dem vorjährigen Budget; es ist nur eine Rechnungsmanipulation. Diese Posten werden in der Rechnung des vorigen Jahres abgesetzt, als ausgegeben notiert und in diesem Jahre, weil sie faktisch noch nicht ausgegeben sind, als Einnahmen wieder vorgetragen.

Herr Holscher: Ich lege deshalb Wert darauf, daß dieses deutlich aus dem Budget hervorgeht, weil dadurch das Defizit des laufenden Rechnungsjahres sich soviel vergrößert, und damit man genau sieht, wie groß es ist und wieviel die Steuerkraft zunehmen muß, um es zu vermeiden. Das müßte im Generalbudget zum Ausdruck gebracht werden.

Herr Otten: Ich möchte den Wunsch des Herrn Holscher unterstützen. Der Herr Senatskommissar sagt allerdings, jeder in der Bürgerschaft wisse das, aber den neueintretenden Mitgliedern ist es nicht bekannt, wie die Sache liegt. Es wäre korrekter ausgedrückt, wenn es hieße: Anleihen. — Dann möchte ich auf das Separatbudget für außerordentliche Verwendungen kommen. Ich bin mehrere Jahre in der Bürgerschaft, aber das Wesen dieses Fonds ist mir noch nicht klar geworden; jedenfalls ist die Bezeichnung als solche nicht korrekt. Ich möchte bitten, daß der Separatfonds für außerordentliche Verwendungen vielleicht in zwei Teile zerlegt werde, in einen Anleihesonds und in einen Amortisationsfonds. Wir sagen immer Separatfonds für außerordentliche Verwendungen, und ich glaube, wir haben gar keinen, woraus wir das Geld nehmen. Das einzige, was uns zu Gebote steht, sind die Anleihen; und es müssen jedenfalls die Summen, die daraus genommen werden, so bezeichnet werden, damit es jedem klar wird. Ich möchte dringend bitten, daß die Finanzdeputation einen andern Ausdruck wählt.

Präsident: Das gehört nicht zum allgemeinen Budget, sondern zum Budget für außerordentliche Verwendungen, und das bekommen wir im Laufe des Jahres, wenn Sie dann Ihren Wunsch zum Ausdruck bringen möchten. Der Herr Senatskommissar wird Notiz davon genommen haben.

Herr Otten: Wir haben doch jetzt das Generalbudget.

Präsident: Die Generaldebatte über das vorliegende Budget.

Herr Otten: Es sind Ausgaben, die in diesem Budget enthalten sind, da ist es doch wohl statthaft.

Senatskommissar Herr Bürgermeister Dr. Gröning: Ich glaube auch, daß dieser Antrag zum Separatbudget für außerordentliche Verwendungen gehört. Das liegt nicht vor. Es ist sehr schwer, über etwas zu sprechen und sich über etwas zu streiten, das die Mitglieder der Bürgerschaft weder vor Augen noch auch zum größten Teil im Kopf haben, so daß sie darauf eingehen könnten. Ich würde allerdings imstande sein infolge meiner täglichen Beschäftigung mit dem Finanzwesen, auch jetzt darauf einzugehen, aber ich glaube, den meisten Mitgliedern der Bürgerschaft würde damit nicht gedient sein, weil sie das Separatbudget nicht vor Augen haben. Was die Anregung des Herrn Holscher betrifft, so bemerke ich, daß im Spezialbudget Nr. 17 am Schluß steht:

Bleiben nach § 6 des Gesetzes vom 29. März 1895 zum Ausgleich aus dem Separatfonds für außerordentlichen Verwendungen zu entnehmen M. 581 400.

Da steht das also, während im Generalbudget, wo überhaupt die Titel nur summarisch angegeben werden, das nicht eingeführt ist. Nun würde es formell nicht richtig sein, zu sagen, daß der Separatfonds aus Anleihen bestritten wird. Der Separatfonds wird allerdings zum größten Teil aus Anleihen gespeist, zum kleinen Teil aus Amortisationsbeiträgen, die vom ordentlichen Haushalt an den Separatfonds abgeführt werden und auch von den Gas- und Wasserwerken. Es könnte ja hier im Generalbudget gesagt werden: Unterweserkorrektion, Ausgleich, aus dem Separatbudget für außerordentliche Verwendungen, aber das ist nicht nötig, da es im Spezialbudget steht.

Präsident: Da sich niemand mehr zum Wort gemeldet, ist die Generaldebatte geschlossen.

Spezialdebatte.

Die außerordentlichen Einnahmen wurden debattelos nach den Voranschlägen genehmigt.

Ordentliche Einnahmen.

I 4b: Straßenbau.

Der Antrag der Budgetkommission wurde angenommen.

Zinsen und Reinertrag.

7. Gaswerk.

Herr Tippenhauer: Ich erlaube mir an den Herrn Rechnungsführer eine Anfrage zu stellen. Wir haben vor längerer Zeit in der Bürgerschaft gehört, daß die Cokspreise zweimal bedeutend ermäßigt seien, und heute lese ich eine Bekanntmachung, daß die Preise nochmals eine bedeutende Preisermäßigung erfahren haben. (Rufe.)

Präsident: Darf ich bitten, etwas lauter zu reden.

Herr Tippenhauer: Ich habe zufällig mit einigen Kohlenhändlern gesprochen, und sie haben mir gesagt, daß

sie im vorigen Sommer nicht Coks von dem Gaswerk hätten bekommen können, der betreffende Beamte, so sagten sie, hätte wahrscheinlich bei den fortwährend steigenden Preisen nicht abschließen wollen, so daß die Kohlenhändler gezwungen gewesen wären, ihren Bedarf auswärts zu decken. Weiter wird dann gesagt, die weitere Folge wäre gewesen, daß die Cokspreise gewichen wären und die Gasanstalt mit ihren ungeheuren Vorräten sitzengeblieben wäre. Der Verlust wurde auf 40 000 M. geschätzt. Nun lese ich wieder von einer bedeutenden Preisermäßigung. Ich bin nicht orientiert, ich hätte aber gern gewußt, wie sich die Sache verhält. Es wäre ja möglich, daß es mit dem Verkauf nicht anders gemacht werden konnte. Möglich wäre es vielleicht auch, Coke wie Teer und die anderen Produkte in eines abzugeben und sich nicht mit dem Kleinverkauf aufzuhalten.

Herr Dr. Feldmann: Die Deputation für die Erleuchtungs- und Wasserwerke hat im vorigen Jahre den Händlern nicht das ganze Quantum, das sie beanspruchten, überlassen, sondern sich gesagt, daß bei der wahrscheinlich eintretenden Kohlennot es richtiger wäre, die Coke in erster Linie den Bürgern zu überlassen. (Sehr richtig!) Aus diesem Grund hat sie nur die Hälfte des gewöhnlichen Quantum den Händlern überlassen. Die Händler haben darauf auswärts abgeschlossen und zwar, wie es scheint, ein ungleich größeres Quantum als sie gewöhnlich unterzubringen in der Lage sind. Sie haben anscheinend mit den Kohlen spekuliert und haben dann nicht alles verkauft. Diese Händler, die solche Meinung austreten, daß die Gasanstalt nicht richtig an ihnen gehandelt habe, haben zum Teil heute der Gasanstalt das abgeschlossene halbe Quantum noch nicht abgenommen, (Hör! hör!) nachdem sie sich mit den Abschüssen nach auswärts so mit Ware überladen hatten. Die Folge davon ist, daß wir in den Preisen herabgehen mußten, weil die Händler billiger verkauften. Das thaten sie nicht etwa, weil sie auswärts billiger gekauft hatten, sondern weil sie einen Ueberfluß an Ware hatten, den sie nicht mehr unterbringen konnten. Jetzt haben wir den Preis vorübergehend noch einmal herabgesetzt, um unsern Vorrat etwas zu räumen, da bei den beschränkten Verhältnissen der Gasanstalt der Transport der Coke nach dem Areal an jener Seite der Schlachthofstraße stattfinden muß. Das ist der Grund, weshalb wir augenblicklich die Preise herabgesetzt haben. Daß im übrigen große Vorräte sich angehäuft haben, liegt zum größten Teil daran, daß die Kälte erst im Januar eingesezt hat, bis dahin ist kein erheblicher Abfluß von Coke vorhanden gewesen. Das ist die Ursache, daß größere Quanten übrig geblieben sind, einmal bei uns und dann bei einzelnen Händlern selbst.

Herr Tippenhauer: Das ist ja, was ich hören wollte. Ich dachte mir, daß es so liegen würde. Ich bin durch die Auskunft sehr befriedigt. Ich danke.

Herr Th. Heinken: Als der Neubau der Gasanstalt beschloffen wurde, wurde in der Bürgerschaft der

Wunsch laut, daß es den Mitgliedern der Bürgerschaft gestattet würde, die Baulichkeiten und Einrichtungen derselben zu besichtigen. Das wurde von der Deputation bereitwilligst zugesagt. Nachher ist der Wunsch von neuem laut geworden. Da wurde uns gesagt, die Bürgerschaft würde zu geeigneter Zeit eingeladen werden. Nun ist der Neubau bereits, man kann sagen, fertig, aber die Bürgerschaft hat bisher noch keine Gelegenheit gehabt, die Anstalt zu besichtigen. Es wäre doch höchst interessant. Ich meine, die liebe Zeit dafür wäre doch dagewesen, daß der Bürgerschaft Gelegenheit gegeben wäre, die Einrichtungen kennen zu lernen.

Herr Dr. Feldmann: Mit der Besichtigung von solchen neuen Anlagen ist es ein eigen Ding und zwar deshalb, weil, wenn dabei ein Unfall passiert, für diesen Unfall der Unternehmer der Bauten haftbar gemacht werden kann. Es ist nicht gut angängig, daß die Besichtigung stattfindet, so lange die Bauten noch in der Ausführung begriffen sind; es macht, wie gesagt, Schwierigkeiten, wer in solchen Fällen haftbar ist. Das ist der Grund, weshalb nicht schon früher vonseiten der Deputation auf die Sache zurückgekommen ist. Die Absicht, die Bürgerschaft einzuladen, besteht jedoch, wir haben aber geglaubt, daß es die Bürgerschaft bei dem schlechten Wetter der letzten Zeit mit dem Wunsch nicht so eilig hätte.

Die Bürgerschaft genehmigte die Einstellung der Position

13a. Bremer Straßenbahn, Abgabe laut Vertrag 42 000 Mk.

14. Bremer Straßenbahn, Zinsen.

Herr Tippenhauer: Als seiner Zeit der Vertrag mit der Bremer Straßenbahn vorlag, stellte Herr Blome einen Antrag, der bezwecken sollte, die Dienstzeit der Angestellten anderweit festzulegen. Dieser Antrag, den ich seiner Zeit unterstützte, fand leider keine Annahme. Ich hege die Befürchtung, daß, wenn die Angestellten der Straßenbahn in bisheriger Weise ihren Dienst weiter thun sollen, die Fuhrwerksbesitzer als auch die Passagiere, die Fußgänger in den Straßen, wo die Straßenbahn nahe den Saumsteinen hinfährt, in große Gefahr kommen werden. Es ist nicht möglich, daß die Beamten bei der langen Dienstzeit geistig frisch bleiben können. Ich möchte den Wunsch ausdrücken, es möchte nachträglich noch ein Weg gefunden werden, daß die Bremer Straßenbahn veranlaßt werde, für die Angestellten eine andere Dienstzeit einzurichten. Jetzt müssen die armen Menschen im Durchschnitt täglich 16—17 Stunden arbeiten, und wenn sie drei Tage Dienst gehabt haben, dann haben sie einen Tag frei. Bei der furchtbaren Kälte, die wir gehabt haben, habe ich es gesehen, wie Straßenbahnwagenführer starr dagestanden haben, nicht mehr wie Menschen, sondern stumm und starr. Daß dann leicht ein Unglück passiert, ist leicht einzusehen. Es könnte doch eingerichtet werden, daß die Leute, statt 16 bis 17 Stunden Dienstzeit

und dann den vierten Tag frei zu haben, vielleicht 6 Tage aber jeden Tag nur 8 bis 9 Stunden Dienst hätten. Das würde nicht viel Mehrkosten verursachen. Ich habe gehört, daß es in Berlin anders gewesen ist, daß man da nicht so unmenschlich ist und die Leute nicht solange arbeiten läßt. Ich möchte den Wunsch ausdrücken, die Polizeibehörde möge mit der Verwaltung in Unterhandlung treten, daß da Wandel geschafft würde. So kann es nicht bleiben. Wir haben einen Tierschutzverein, aber es fehlt an einem Menschenschutzverein. (Zurufe. Unruhe.) Ja, so ist es, Herr Heinken. Zweitens betreffs der Anhängewagen. Im allgemeinen können wir ja mit dem Betriebe zufrieden sein. Aber die Gefahr für die Fuhrwerke ist doch gerade wegen der Anhängewagen sehr groß, wenn zwischen den Schienen und den Saumsteinen nur ein Meter Raum ist. Wenn da noch ein Anhängewagen hinter dem Wagen herkommt, muß man furchtbar aufpassen, um die Pferde in der Gewalt zu behalten. Ich möchte den Wunsch ausdrücken, daß in den Straßen, wo nur ein verschwindend kleiner Platz bleibt zwischen den Schienen und den Saumsteinen, doch mit der Regulierung so weit und so schnell als möglich vorgegangen werde.

Herr Holscher: Ich möchte daran den Wunsch knüpfen, daß die Bürgerschaft darauf dringe, daß die Polizeidirektion der elektrischen Gesellschaft auferlegt, die neuesten Schutzvorrichtungen, die überhaupt auf diesem Gebiet erfunden werden, zu erforschen und dieselben anzubringen. Viele Unglücksfälle sind vorgekommen, weil solche Schutzvorrichtungen fehlen. Das Publikum müßte in dieser Weise geschützt werden.

Herr Garde: Ich glaube, die Sache wäre richtiger bei der Polizeidirektion vorgebracht. Nachdem wir aber damit begonnen haben, möchte ich anführen, daß in letzter Zeit die Unfälle durch die elektrische Bahn um sich gegriffen haben, es sind verschiedene Leute zu Tode gekommen. Ich möchte bitten, daß die Behörde in Erwägung ziehe, daß das Ein- und Aussteigen außer an den Haltestellen vollständig aufgehoben werde. Die Haltestellen liegen so enge aneinander, daß jeder bis zur Haltestelle fahren kann, um dann vielleicht ein paar Schritte zu gehen. Dann würden nicht so viele Unglücksfälle vorkommen. Denn die meisten passieren dadurch, daß jemand während der Fahrt auf- oder abspringt, fällt und dann unter den Anhängewagen kommt. Die Perrons müßten während der Fahrt vollständig geschlossen sein, damit niemand ein- und aussteigen kann. Ich möchte bitten, daß Erwägungen in dieser Hinsicht angestellt werden.

Präsident: Ich möchte bitten, nicht weiter auf die Straßenbahn einzugehen. Da verschiedene Herren der Bürgerschaft zur Verwaltung gehören, werden ja die ausgesprochenen Wünsche gehört. Anträge scheinen nicht gestellt zu werden; ein großes Gewicht werden solche in einer nur akademischen Unterhaltung geäußerte Wünsche kaum haben.

Herr Nicolaus: Auch ich wollte einige Wünsche hinzufügen und dabei erwähnen, daß in Hamburg der Verkehr auf den Straßenbahnen sehr gut geregelt ist. Dort ist es unmöglich, daß außer als an den Haltestellen ein- und ausgestiegen wird. Der Perron wird vom Schaffner mit einem Schlüssel abgeschlossen, und er öffnet den Perron nur auf einer Haltestelle zum Aussteigen und Einsteigen; bevor der Wagen nicht steht, darf er die Thür nicht öffnen, der Schaffner ist dafür verantwortlich, daß der Wagen erst halten muß. Wenn sich das Publikum zum Aussteigen meldet, dann hat der Schaffner erst die Thür zu öffnen. So ist ein Ein- und Aussteigen zu anderer Zeit vollständig unmöglich gemacht. Nach meinen Erkundigungen soll sich die neue Einrichtung dort sehr gut bewährt haben.

Herr Ebert: Ich wollte auch auf die Angestellten der Straßenbahn hinweisen, die gegenwärtig in außerordentlichem Maße in Anspruch genommen sind. Es kommt hinzu, daß diese Beamten an Werktagen nicht nur den Hauptwagen zu versorgen haben, sondern auch den Anhängewagen, so daß ein Beamter zwei Wagen versehen muß. Nur an Sonntagen, wenn ein starker Verkehrsandrang ist, bedient im Anhängewagen auch ein besonderer Beamter. Wenn Sie berücksichtigen, daß so ein Beamter keine 15 bis 16 Stunden gefahren hat und dann noch eine Stunde Wegs nach Hause gehen muß, dann werden Sie zugeben, daß er in den letzten Stunden nicht mehr genau wissen kann, was er thut. Daß dann Unfälle häufiger vorkommen, als wenn der Beamte frisch ist, ist wohl klar. Es ist unbegreiflich, daß die Polizeidirektion ohne weiteres die Erlaubnis für die Anhängewagen geben konnte. Es steht außer Frage, daß durch die Anhängewagen sehr viele Unfälle verursacht werden, besonders weil für sie kein besonderer Beamter da ist. Ich will davon absehen, einen Antrag zu stellen und möchte nur dringend bitten, daß die Behörde auf die Straßenbahnverwaltung einwirke, daß sie ihren Beamten eine Dienstzeit giebt, bei der sie mit voller Aufmerksamkeit ihr Amt versehen können. Es sind doch nicht Maschinen, sondern Menschen.

Herr Rippe: Bei jeder Straßenbahn in auswärtigen Städten, namentlich auch in Hamburg, muß der Platz auf dem Hinterperron, wo eingestiegen wird, für den Schaffner reserviert bleiben. Hier ist das nicht der Fall, und darum kommen so viele Unglücksfälle beim Aussteigen vor. Niemals ist der Schaffner zugegen, wenn Personen aussteigen. Jedesmal ist der Hinterperron überfüllt, so daß man sich nicht rühren kann, dieser Platz ist auch besetzt und das hemmt beim Aussteigen. Das sollte die Polizeidirektion der Gesellschaft anferlegen. Es müßte dort ein Plakat angebracht werden: Dieser Platz ist nur für den Schaffner bestimmt. So ist auch das neuliche Unglück an der Ansgorikirche passiert: eine Dame wollte aussteigen und kam dabei zu Malheur. Es ist eine dringende Notwendigkeit, daß der Platz für den Schaffner frei bleibt. Wenn der Hinterperron gefüllt ist, ist dort kein Platz mehr für den Schaffner, und er hält sich dann

im Innern des Wagens auf und geniert die Leute. Ich möchte mir erlauben, den Antrag zu stellen, daß die Polizeidirektion hierüber eine Anordnung erlasse.

Präsident: Ich habe extra gebeten, solche Anträge nur zu stellen, aber nicht zu begründen. Ich möchte doch bitten, dem Folge zu geben.

Herr Schrage: Die vielen Klagen, die heute abend gegen die Straßenbahn laut geworden sind, haben wir schon sehr viel gehört; täglich laufen Dutzende von Klagen ein. Die Herren von der Direktion als auch der Verwaltung werden diese Sache gewiß erwägen; sie sind im Verein mit der Polizeidirektion beständig darüber aus, Verbesserungen zu schaffen. Ich kann unmöglich auf alle diese Sachen antworten, ich kann nur sagen, daß sie nach Möglichkeit berücksichtigt und gewürdigt werden sollen. Ich komme gerade von Hastede, wo ich die Stelle besichtigt habe — es ist uns neulich ein Vorwurf daraus gemacht — wo ein junger Mann verunglückt ist beim Einsteigen. Der Platz ist breit genug, so daß ein Mensch ganz gut in den Wagen einsteigen kann. Wir haben heute einen außerordentlich schlimmen Verkehr, weil viele Leute nicht nach Hause kommen können, da heute keine Anhängewagen in Dienst gestellt werden können. Ich habe im Interesse der Bürger und auch der Straßenbahn zu bedauern, daß die Straßenarbeiten in der Faulenstraße nicht mit solchem Eifer betrieben werden (Sehr richtig!) daß eine Nachtschicht die Tageschicht ablöst und dadurch die Arbeiten beschleunigt werden. In allen Städten, nicht einmal von der Bedeutung Bremens, geht man bei solchen Gelegenheiten mit viel größerem Eifer vor. Hier gehen die Leute um sechs Uhr von der Arbeit, und die vielen Personen, die nach Hastede und Walle fahren wollen, können nicht mitkommen, weil die Wagen überfüllt sind und keine Anhängewagen eingestellt werden können; sie stehen herum im Regen und können nicht weiter kommen. Ich möchte im Interesse des Publikums und auch der Straßenbahn bitten, daß der Straßenbau in solchen Fällen liberaler vorgeht, damit solche Störungen schneller überwunden werden.

Herr Tippenhauer: Herr Präsident, Ihrer freundlichen Einladung folgend, möchte ich einen Antrag stellen:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Polizeidirektion zu beauftragen, mit der Bremer Straßenbahn in Unterhandlung zu treten, dergestalt, daß die Dienstzeit der Angestellten der Bremer Straßenbahn bedeutend herabgesetzt wird.

Der Antrag wurde genügend unterstützt und für spätere Verhandlung zurückgestellt.

Herr Strube: Die Klagen des Herrn Schrage gegen die Straßenbahnverwaltung sind vollständig ungerechtfertigt. (Widerspruch.) Ja, die Herren, die dem widersprechen, können unmöglich davon unterrichtet sein, wie die Sache liegt. Die Herren denken nicht daran, daß es

in der letzten Zeit viel geschneit und geregnet und daß auch Frost die Arbeiten behindert hat. Sie wissen wohl auch nicht, daß bei elektrischem Licht oder überhaupt bei Licht nur minderwertige Pflasterarbeiten geliefert werden können. Die Schwierigkeiten bei diesen Pflasterarbeiten lagen außerdem darin, daß zugleich die Schienen verlegt werden mußten. Und die Straßenbahn sollte — wie ich Herrn Schrage bemerken möchte — dafür Sorge tragen, daß die Schienen zur rechten Zeit zur Stelle sind. Wir haben mit dem größten Fleiß gearbeitet. Wenn in den Zeitungen sogar bemängelt worden ist, daß die Steine erst an Ort und Stelle behauen würden, so wird doch der Straßenbau nicht so thöricht sein und die alten Steine, die noch brauchbar sind, erst nach dem Straßenbauhof hinfahren, dort behauen und dann wieder zurückfahren zu lassen; das Behauen geschieht gleich an Ort und Stelle. Augenblicklich sind dort 70 Arbeiter beschäftigt; wie noch mehr angestellt werden können, das bitte ich die Herren der Straßenbauinspektion zu zeigen. Die Arbeiter sind von morgens 6 bis abends $1\frac{1}{2}$ Uhr beschäftigt gewesen, jetzt bis 7 Uhr. Um mehr zu verdienen, sind die Leute damit einverstanden gewesen, daß nur eine halbe Stunde Mittag gemacht wird. Mehr kann von ihnen doch nicht gut verlangt werden. Und gegen Wind und Wetter kann man nicht an. Wenn es schneit, kann nicht gepflastert werden, und wenn es regnet, auch nicht gut, dann grabbeln die Leute im Sumpf herum. Wegen solche Verzögerungen läßt sich nichts machen.

Herr Lund: Ich bin der Ansicht des Herrn Schrage, daß die Sache rascher betrieben werden könnte. Ich habe mich mit Herrn Strube in Verbindung gesetzt und habe die Nachricht von Herrn Baurat Graepel bekommen, daß es nicht möglich sei, nachts zu arbeiten. Darin bin ich anderer Ansicht; es könnte wohl länger gearbeitet werden, wenn auch nur bis 10 Uhr abends. Denn eine so große Störung in diesem Hauptstrassenzuge ist nicht wieder gut zu machen. Bei einer kleinen Straße ließe man sich das wohl gefallen, aber bei einer Hauptverkehrsstraße ist es nicht zu verantworten. Daß Herr Baurat Graepel das allein in der Hand hat und sagt, es geht nicht, das begreife ich nicht. Gehen Sie mal nach einer Schiffswerft . . . (Stimme des Präsidenten.)

Präsident: Herr Lund, wir sprechen über Zinsen der Straßenbahn.

Herr Lund: Ich will nur einen Vergleich anstellen, wie das zu machen ist.

Präsident: Wir sprechen nicht von der Pflasterung der Faulenstraße.

Herr Otten: Da wir einmal bei der Straßenbahn sind, so will ich nicht verfehlen, einen Wunsch auszusprechen. (Zurufe: Schluß.) Unerwähnt darf im Winter die Wagenthür zum Vorderperron während der

Fahrt nicht geöffnet werden. Daß das bei uns gestattet ist, ist eine Kalamität, die sich im vorigen Winter wieder gezeigt hat. Das Publikum im Wagen ist dann im hohen Grade der Zugluft ausgesetzt. Was die Straßenpflasterungsarbeiten anbetrifft — ich bin täglich dort vorbeigekommen — so glaube ich, daß sie nicht schneller gefördert werden können, wenn sie ordentlich gemacht werden sollen. Was nützt es, wenn die Straße nach 6 Wochen wieder aufgerissen werden muß und die Schienen wieder verlegt werden müssen. Es muß eben die nötige Zeit da sein, daß es ordentlich gemacht werden kann, sonst heißt es wieder: In Bremen muß alles dreimal gemacht werden.

Die Herren Richter Dr. Mohr und Richter Dr. Grote beantragen Schluß der Debatte.

Rednerliste: Herr Strube.

Ueber den Schluß:

Herr Richter Dr. Mohr: Ich möchte, daß wir zum Budget sprechen und weiter kommen.

Zur Geschäftsordnung:

Herr Hefemeyer: Ich hatte mich auch zum Worte gemeldet, bin aber übersehen worden.

Präsident: Dann müssen Sie sich durch Nennung des Namens melden; ich kann unmöglich die 150 Finger übersehen.

Ueber den Schluß:

Herr Hefemeyer: Ich wollte zum Schlusse nur erwähnen, daß die Fahrgeschwindigkeit zu sehr erhöht wird.

Der Antrag auf Schluß wurde angenommen.

Herr Strube zur Aufklärung der Thatsachen: Ich wollte Herrn Lund nur erwidern, daß es nicht allein in der Hand von Herrn Baurat Graepel liegt. Ich finde es überhaupt nicht in der Ordnung, daß hier ein Name von einem Beamten genannt wird und diesem sozusagen die Schuld in die Schuhe geschoben wird. Der Baurat hat einen Regierungsbaumeister und Bauaufseher unter sich, mit denen er die Sache berät. Ich finde es unrecht, daß man auf einen Beamten die Schuld schiebt und namentlich auf einen so verdienten Beamten, wie Herrn Baurat Graepel.

18. Kasernenbauten, Zinsen.

Herr Rippe: Ich bitte um Aufklärung, wie hoch der Zinsfuß ist und wie die Amortisation vor sich geht.

Senatskommissar Herr Bürgermeister Dr. Gröning: Ich bedaure, daß ich im Augenblicke keine bestimmte Auskunft geben kann. Es ist verabredet, daß vom ursprünglichen Kapital ein bestimmter Satz jährlich bezahlt wird und davon werden — ich weiß nicht 4 oder $3\frac{1}{2}$ Prozent Zinsen gerechnet und jährlich ein Betrag amortisiert. Daher kommt es, daß der Betrag der Zinsen abnimmt.

II. Direkte Steuern.

2. Grundsteuer.

Herr Rippe: Ich erlaube mir folgenden Antrag zu stellen:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, ihr einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach

1. alle zum Stadtgebiet gehörenden und unbebauten Ländereien, welche an projektierten Plan- oder fertigen Straßen belegen sind, besteuert werden sollen nach den von den Eigentümern derselben vorgenommenen Selbsteinschätzungen. Es sollen die Tiefen dieser Ländereien 40 Meter von der Straßenlinie ab betragen und für die Schätzung gerechnet werden.
2. Dem Staate soll damit das Recht gegeben werden, bei Bedarf solcher Ländereien für seine Zwecke dieselben zu dem Schätzungspreise zu erwerben.

Der Antrag wurde genügend unterstützt und zurückgestellt.

6. Einkommensteuer.

Herr Nicolaus: Ich möchte folgenden Antrag stellen:

Bei vertragsmäßiger Beteiligung Dritter an dem Gewinn eines geschäftlichen Unternehmens, auch wenn dafür die Benennung „Rabatt“ gewählt wird, ist der Unternehmer verpflichtet, die Einkommensteuer auf den vollen Betrag des buchmäßigen Gewinns am Schluß des Geschäftsjahres zu entrichten.

Der Antrag wurde genügend unterstützt und zurückgestellt.

7. Armensteuer.

Herr Tippenhauer: Ich darf hierbei wohl ein Wort über das Armenhaus verlieren.

Präsident: Das gehört nicht hierher. Es handelt sich hier um die Armensteuer. Das Armenhaus ist eine Stiftung für sich.

Herr Tippenhauer: Wir schicken aber doch von der stadtbremischen Armenpflege die Armen dahin.

Präsident: Beim Budget der stadtbremischen Armenpflege hätten Sie Gelegenheit gehabt darüber zu sprechen.

Herr Tippenhauer: Dann will ich warten, bis wieder die Gelegenheit kommt.

8. Firmensteuer.

Herr Nicolaus: Bei dieser Gelegenheit möchte ich an den Herrn Senatskommissar die Anfrage stellen, ob es sich nicht empfiehlt, da die Firmensteuer nur 600 000 M. einbringen soll und der Posten immer steigt, die unterste

Stufe von 10 M. aufzuheben. Dann würde die Steuer etwa 7000 M. weniger einbringen. Es würde das eine große Anzahl kleiner Geschäfte treffen, die in weit größerem Maße als früher zur Firmensteuer herangezogen werden.

Senatskommissar Herr Bürgermeister Dr. Gröning: Die Vertrauensmänner der 5. Abteilung haben das Recht, Firmen, für die auch die Abgabe von 10 M. sich als zu hart herausstellt, vollständig von der Steuer frei zu lassen, und das geschieht in nicht unerheblichem Umfange. Ich glaube, daß das, was Herr Nicolaus will, damit erreicht wird.

Herr Otten: Den Antrag von Herrn Nicolaus unterstütze ich. Unsere Firmensteuer ist damals nicht nur denjenigen Geschäften auferlegt, die Umsatzsteuer bezahlen mußten, sondern ist aus Allgemeine geworden. Da der Ertrag der Firmensteuer sich so sehr vergrößert hat, halte ich es für sehr gerechtfertigt, daß die kleinen Geschäftsinhaber und die Höker, welche 10 M. bezahlen, von der Steuer befreit werden. Die Firmensteuer soll nur 600 000 M. einbringen. Deshalb möchte ich bitten, die 10 000 M., welche auf Antrag der Budgetkommission eingestellt werden sollen, zu streichen und die unterste Stufe der Firmensteuer aufzuheben.

Präsident: Herr Nicolaus, soviel ich weiß, haben Sie nur eine Anfrage gestellt.

Herr Nicolaus: Ich will es zum Antrage erheben, nachdem der Herr Senatskommissar zugestimmt hat. Die Vertrauensmänner haben nur das Recht, die Steuer zu erlassen, wenn sie auf dem Zwangswege nicht beizutreiben ist.

Der Antrag des Herrn Nicolaus lautet:

Die unterste Stufe der Firmensteuer (10 M. Beitrag) ist aufzuheben.

Der Antrag der Budgetkommission wurde angenommen.

Der Antrag von Herrn Nicolaus wurde genügend unterstützt und zurückgestellt.

9. Wirtschaftsabgabe.

Herr Rippe: Ich erlaube mir folgenden Antrag zu stellen:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat um baldige Vorschläge behufs Erlass einer Verordnung betreffs Einführung einer Polizeistunde für alle Wirtschaften des Stadtgebiets.

Der Antrag wurde genügend unterstützt und zurückgestellt.

Herr Kruse: Es ist derzeit der Wunsch ausgesprochen worden, daß der Stadtausschuß uns alljährlich einen Bericht zukommen läßt. Der Bericht ist im vorigen Jahre ausgefallen, und auch in diesem Jahre ist uns noch kein Bericht überreicht worden. Ich möchte mir die Anfrage erlauben, ob wir dem Berichte bald entgegensehen dürfen

III. Indirekte Steuern.

6. Villards, Regelbahnen.

Herr Hejemeyer: Ich möchte mir erlauben, folgenden Antrag zu stellen:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Steuerdeputation zu veranlassen, alle mit Nischereien gefüllten Automaten einer möglichst hohen Steuer zu unterwerfen, damit der Verführung und Verderbnis der Jugend nach Möglichkeit vorgebeugt werde.

Der Antrag wurde genügend unterstützt und zurückgestellt.

15. Schifffahrtsabgabe.

Der Antrag der Budgetkommission wurde angenommen.

IV. Gebühren und Geldstrafen.

2. Bürgerbeeidigungen.

Herr Tippenhauer: Bei der Beratung des vorjährigen Budgets sind zwei Anträge angenommen worden, ein Antrag, die Gebühr von 16.50 M. aufzuheben, und ein anderer Antrag, sie eventuell auf 5 M. zu ermäßigen. Auf beide Anträge ist eine Antwort des Senats nicht eingegangen. Es macht einen traurigen Eindruck, wenn in den Bekanntmachungen die Betroffenen aufgefordert werden, ihrer Pflicht zu genügen und dabei geschrieben steht, daß sie 16.50 M. zu bezahlen haben. Es trifft unsere Söhne; die Auswärtigen und deren Söhne sind davon befreit. Es wäre angebracht, daß, nachdem wir bald ein Jahr gewartet haben, wir bald eine Antwort von der Behörde erhalten.

Herr Blome: Der Antrag ist bei der Beratung des vorjährigen Budgets eingebracht und am 10. Oktober ist darüber verhandelt. Es ist beantragt, die Wahldeputation solle zu einem Berichte aufgefordert werden bezüglich der Beseitigung respektive der Herabsetzung des Bürgergeldes. Dieser Bericht ist bis heute nicht eingelaufen. Darum möchte ich mir die Anfrage an den Herrn Senatskommissor erlauben, ob er vielleicht darüber Aufklärung geben kann, ob der Bericht in nächster Zeit eintreffen wird. Wenn dies nicht der Fall sein sollte, so möchte ich den dringenden Wunsch aussprechen, daß von seiten des Senats an die betreffende Behörde das Ersuchen gestellt werde, daß sie den Beschlüssen der Bürgerschaft etwas mehr Rechnung trägt, und daß die Deputation ersucht werde, unverzüglich den Bericht einreichen zu wollen.

Herr Th. Heinken: Ich möchte bei dieser Gelegenheit auf die vielen Polizeistrafen aufmerksam machen.

Präsident: Wir sind jetzt bei der Position Bürgerbeeidigungen. Das sind doch keine Polizeistrafen (Heiterkeit.)

Senatskommissar Herr Senator Dr. Gröning: Ich bedaure, auf die Anfrage des Herrn Blome keine Antwort geben zu können. Wenn ich recht verstanden habe, handelt es sich um einen Bericht der Wahldeputation. Ich bin

nicht Mitglied derselben und bin über die Sache im Augenblick nicht unterrichtet.

4. Polizeidirektion.

Herr Th. Heinken: Ich möchte bei dieser Position auf die vielen Polizeistrafen aufmerksam machen. Im vorigen Jahre haben wir den Beschluß gefaßt, die Summe um 10 000 M. zu ermäßigen. Der Anschlag war im vorigen Jahre 125 000 M., und 130 000 M. ist der Ertrag gewesen. In diesem Jahre beträgt der Voranschlag 130 000 M., und möglicherweise wird der Ertrag die Summe von 140 000 M. erreichen. Es ist feststehende Thatsache, daß die Polizeistrafen diejenigen, die davon betroffen werden, hart berühren (Heiterkeit). Die Polizei ist aber im Handumdrehen bei der Hand, Strafen zu verhängen. Ich möchte den Wunsch aussprechen, daß die Polizei nicht bei jeder Gelegenheit hohe Strafen verhängen möge, und daß im ersten Falle stets nur eine geringe Summe, höchstens 1 M., eingezogen wird.

Herr Garde: Bei dieser Gelegenheit möchte ich auf die Freimarktsverhältnisse zu sprechen kommen. Es werden ja zu Freimarkt Musikbanden zugelassen, und es ist vorgekommen, daß die Leute Aufstellung nehmen an einem Plage, der eine ziemlich starke Passage aufzuweisen hat, oder auch vor Restaurationen und Wirtschaften. Es liegt die Vermutung nahe, daß die Inhaber dieser Wirtschaften ihnen dann bestimmte Beträge überweisen, um die Leute zu veranlassen, sich stundenlang vor der Wirtschaft aufzuhalten, weil auf diese Weise die Frequenz der Wirtschaft gesteigert wird. Ich selbst habe das erfahren. Neben dem Hause, in welchem ich mein Kontor habe, befindet sich eine Bierhalle, und ich habe im vorigen Freimarkt das Glück gehabt, an 5 bis 6 Tagen von 5 Uhr nachmittags bis 9 Uhr abends ein und dieselbe Musikbande vor dem Hause zu haben. Dazu kam, daß die Leute nur zwei Stücke spielten, darunter war der neue amerikanische Marsch. Es waren Kranke im Hause, und die Bewohner haben sich beschwert; aber die Schutzleute sagten: Es ist Freimarkt, was soll man dagegen machen? — Ich meine, es ist Sache der Polizei, dafür zu sorgen, daß die Leute, denen Gelegenheit gegeben wird, auf der Straße zu musizieren, ihren Bezirk durchwandern und nicht stundenlang vor einem Hause stehen bleiben. Diesem Wunsche wollte ich hier Ausdruck geben.

Herr Ebert: Ich erlaube mir folgenden Antrag zu stellen.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Polizeidirektion zu veranlassen, ihre Beamten dahingehend zu instruieren, daß dieselben den Arbeitern die Ausübung des durch § 152 der Reichs-Gewerbeordnung gewährleisteten Koalitionsrechts nicht dadurch erschweren oder unmöglich machen, daß sie bei Lohnkämpfen ohne Veranlassung das Ausstellen von Streikposten verhindern und sonach zu Gunsten der Arbeitgeber Partei ergreifen.

Der Antrag wurde genügend unterstützt und zurückgestellt.

6. Landherrnamt.

Herr Tippenhauer: Ich erlaube mir, folgenden Antrag zu stellen:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Verordnung des Landherrn und der Polizeidirektion vom 17. November 1892 dahin ändern zu wollen, daß die Erlaubnis zum Abhalten von Tanzmusiken im ganzen Landgebiet gleichmäßig geregelt wird, und nicht für einen Teil desselben, wie Hasenbüren und Seehausen, eine Beschränkung der Erlaubnis zuzulassen, ferner die Höhe der Abgabe für Tanzmusiken für das ganze Landgebiet gleichmäßig zu regeln.

Der Antrag wurde genügend unterstützt und zurückgestellt.

12. Gerichtskanzleien.

Der Antrag der Budgetkommission wurde angenommen.

V. Vermischte Einnahmen.

2c. Volksschulen.

Herr Tippenhauer: Ich erlaube mir, folgende Anträge zu stellen:

1. Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Schuldeputation zu beauftragen, darüber zu berichten, ob es nicht zweckmäßig und möglich sei, einen Teil des Staatsgrundes neben der Schule an der Schleswigerstraße zu einem öffentlichen Spielplatz freizugeben,
2. fernerhin prüfen zu lassen, ob nicht die Spielplätze der Schulen vollständig oder zu bestimmten Tagesstunden außerhalb der Schulzeit als öffentliche Spielplätze freizugeben seien.

Die Anträge wurden genügend unterstützt und zurückgestellt.

VI. Einnahmen vom Reich.

Der Antrag der Budgetkommission wurde angenommen.

Ausgaben.

Ordentliche Ausgaben.

I. Senat und Bürgerschaft.

1. Honorar des Senats.

Herr Ebert: Ich erlaube mir, eine Anfrage an den Herrn Senatskommissar zu richten. In Vegeesack treibt der Wirt Overbeck seit längeren Jahren eine Wirtschaft. Der Mann hat 1899 geglaubt, sein Geschäft durch Anbau eines Tanzsalons vergrößern zu müssen. Die Tanzerlaubnis kann nach der Gewerbeordnung durch landrechtliche Verordnung geregelt werden. Nun besteht eine Verordnung, wonach in Bremen Stadt und im Landgebiet die Tanz-

erlaubnis einzuholen ist. Für Vegeesack, das seine besondere Verfassung hat, bestand zu der Zeit, wo der Mann den Salon bauen wollte, keine diesbezügliche Verordnung. Trotzdem hat das Amt in Vegeesack den Antrag auf Erteilung der Tanzerlaubnis abgelehnt. Der Mann hat sich dann beschwerdeführend an den Senat gewendet und hat darauf hingewiesen, daß die Ablehnung gesetzlich nicht begründet sei. Die Beschwerde ist am 28. Oktober 1899 dem Senat übergeben. Am 2. Januar 1900 hat der Senat eine Verordnung erlassen, wonach in Vegeesack zur Abhaltung von Tanzlustbarkeiten Erlaubnis einzuholen ist. Nachdem diese Verordnung erlassen war, ist die Beschwerde des Mannes gegen die vorhin erwähnte Entscheidung auf Grund der neuen Verordnung abgewiesen worden. Ein derartiges ungeheuerliches Verfahren des Senats mußte zweifellos den Mann überaus hart und schwer treffen. Ich will nicht bestreiten, daß nach dem Reichsgesetz und nach der bremischen Verfassung der Senat das Recht hat, eine derartige Verordnung zu treffen; aber sie in einem solche Augenblicke zu treffen, damit einem Staatsbürger der Beschwerdeweg versperrt wird, das halte ich nicht für gerechtfertigt. Ich bitte den Herrn Senatskommissar, mir Auskunft zu geben darüber, aus welchem Grunde der Senat dieses Verfahren eingeschlagen hat.

Senatskommissar Herr Senator Dr. Gröning: Ich bedaure, diese Anfrage nicht beantworten zu können, da ich nicht vorbereitet bin. Wenn Herr Ebert mir vorher mitgeteilt hätte, daß er eine solche Anfrage stellen würde, so würde ich jetzt Auskunft geben können. Ich erinnere mich der Angelegenheit schlechterdings nicht und kann deshalb auch nichts darüber sagen. Ob die Sache so liegt, wie Herr Ebert angegeben hat, was der Senat in der Angelegenheit gethan hat und aus welchem Grunde er gehandelt hat, darüber kann ich nichts sagen, weil ich gar keine Erinnerung von der Sache habe.

Präsident: Es gehört das auch wohl nicht hier her. Wir sind jetzt bei der Position: Honorar des Senats. Vielleicht können Sie Ihre Anfrage bei einem andern Posten, Amt Vegeesack, wiederholen.

Herr Ebert: Meine Beschwerde richtet sich ja nicht gegen das Amt Vegeesack, sondern gegen den Senat. Ich wüßte nicht, wo ich diese besser anbringen könnte. Wenn aber der Herr Präsident anderer Meinung ist, so werde ich meine Anfrage bei einem andern Posten wiederholen. Ich bitte dann nur — wir werden uns ja noch einige Abende mit dem Budget beschäftigen — mir Auskunft zu geben. Es wird dem Herrn Senatskommissar ja keine Schwierigkeit machen, die Akten einzusehen. Ich halte die Sache für wichtig genug, um die Bitte nach Auskunft aufrecht zu erhalten.

Herr Rob. Meyer: Da von den Vertretern Bremerhavens ein Antrag geplant ist, der dieselbe Materie behandelt, so bitte ich, zu gestatten, diesen Antrag dem Herrn Präsidenten übergeben zu dürfen. Vielleicht giebt

das Veranlassung, die ganze Materie in eins zu behandeln.
Der Antrag lautet:

Es wird beantragt, die Senatskommission für die Hafenstädte zu ersuchen, das Amt Bremerhaven über die Handhabung der Polizeiverordnung, Genehmigung und Abhaltung öffentlicher Lustbarkeiten betreffend, zu einem Bericht aufzufordern und an der Hand des Berichtes zu erwägen, ob diese Materie nicht einer gesetzlichen Regelung bedürftig ist.

Präsident: Herr Ebert, sind Sie einverstanden, daß sich dieser Antrag mit Ihren Wünschen deckt? (Herr Ebert widerspricht.) Ich fragte nur, weil Herr Meyer sich so äußerte.

Der Antrag wurde genügend unterstützt und dann zurückgestellt.

2. Regierungskanzlei.

Der Antrag der Budgetkommission wurde angenommen, ebenso die in der Mitteilung des Senats vom 15. Januar enthaltenen Anträge auf Anstellung neuer Beamten der Regierungskanzlei.

4. Rathaus u. s. w.

Der Antrag der Budgetkommission wurde angenommen.

10. Wahlen zur Bürgerschaft.

Herr Tippenhauer: Ich möchte nochmals den Wunsch aussprechen, daß die Zeit zur Erlangung des Wahlrechts herabgesetzt werde. Jetzt ist das Gesetz so, daß jemand drei Jahre nach Ablegung des Bürgereides wahlberechtigt wird, in der Praxis gestaltet es sich aber meist so, daß aus diesen drei Jahren sechs werden. Wenn sich jemand nach den Bürgerschaftswahlen zum Eid anmeldet, so darf er bei den nächsten Wahlen noch nicht wählen, weil noch nicht ganze drei Jahre verflossen sind, er kann sein Wahlrecht erst nach sechs Jahren ausüben. Ich bin damit einverstanden, daß die jetzt geltende Bestimmung richtig ist für alle diejenigen, die erst fremd hierherkommen; die müssen sich erst in die Verhältnisse einleben, sie müssen erst wissen, wie es hier ist. Warum aber diese Bestimmung auch ausgedehnt wird auf die Leute, die schon 15—20 Jahre hier wohnen, das kann ich nicht einsehen, das hat der Gesetzgeber jedenfalls auch nicht gewollt; er hat nur die treffen wollen, die frisch zugezogen sind. Wir haben nicht die geringste Veranlassung, denen, die schon längere Zeit hier sind, das Wählen zu erschweren. Es wäre sehr zu wünschen, daß ihnen mehr Entgegenkommen gezeigt würde.

II, 3. Amtsgericht Bremen.

Die Anträge der Budgetkommission wurden angenommen.

4. Gewerbegericht.

Herr Voigt: Ich möchte den Wunsch aussprechen, daß das Organ „Das Gewerbegericht“ den Besitzern des Gewerbegerichts, Arbeitgebern und Arbeitnehmern, unentgeltlich zugestellt werde.

Präsident: Ich habe Sie nicht recht verstanden.

Herr Voigt: Ich habe den Wunsch ausgesprochen, daß das Organ „Das Gewerbegericht“ den Besitzern des Gewerbegerichts zugestellt werde. Die Ausgabe ist nur eine minimale. Es wäre sehr angebracht, daß es unentgeltlich zur Verfügung gestellt wird.

Herr Richter Dr. Grote: Ich möchte zur Aufklärung einige Worte hinzufügen. Es besteht eine Verbandszeitung „Das Gewerbegericht“, die sich mit den Angelegenheiten der Gewerbegerichte befaßt. Der Abonnementspreis beträgt 2 M., und wenn die Zeitung nach dem Antrage des Vorredners gehalten würde, so würden dafür etwa 96 M. jährlich auszugeben sein. Ich möchte den Antrag unterstützen. Es ist für die Besitzer außerordentlich günstig, wenn sie diese Zeitung regelmäßig lesen.

6. Amtsgericht Bremerhaven.

Der Antrag der Budgetkommission wurde angenommen.

10. Strafanstalt.

Herr Imwolde: Ich erlaube mir folgenden Antrag zu stellen:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Deputation für die Gefängnisse mit einem Berichte darüber zu beauftragen, ob nicht eine Neuregelung der Dienstzeitverhältnisse der Beamten der Strafanstalt erforderlich erscheint.

Der Antrag wurde genügend unterstützt und dann zurückgestellt.

Der Antrag der Budgetkommission wurde angenommen.

12. Gerichtshaus.

Der Antrag der Budgetkommission wurde angenommen.

III, 1. Polizei, Allgemeine Ausrüstungskosten.

Der Antrag der Budgetkommission wurde angenommen.

Herr Ulmer (Redner ist schwer verständlich, am Schluß seiner Ausführungen nur noch in Bruchstücken): Ich muß entschieden das Submissionswesen näher beleuchten. Wir haben im Submissionswesen vieles, was nicht hinein gehört, das Unterbieten in erster Linie. Der eine bietet eine gewisse Summe für die Lieferungen, wozu er selbst nicht imstande ist, die Sachen anfertigen zu können, ein anderer stellt bedeutend höhere Forderungen. Es ist nicht

leicht, den goldenen Mittelweg einzuschlagen. Wir haben seit Jahren erfahren müssen, daß gewisse Herren in Bremen sozusagen das Monopol für diese Arbeiten, die Schutzmänneruniformen, haben. Sie stellen sehr billige Forderungen, und die Stücke werden dann auf Kosten der Arbeiter so billig angefertigt, diese werden mit einem minimalen Lohne abgefertigt. Ich weiß aus Erfahrung, daß der betreffende Herr 10 bis 12 der Arbeiter erklärte: Wenn ihr für diesen Lohn nicht arbeiten könnt, werde ich mit meinen Arbeiten nach der Strafanstalt gehen. Auch auswärts werden viele Arbeiten angefertigt. Ich möchte den Wunsch aussprechen, daß den hiesigen Schneidern mehr Arbeit zugewiesen werde und dabei Preise zu zahlen, daß die Arbeiter einen ausreichenden Lohn erhalten. Ferner möchte ich den Wunsch aussprechen, daß die Polizei den hiesigen Schneidern die Arbeit giebt und zwar in der stillen Zeit, wo die Arbeiter weniger verdienen. Drittens möchte ich bitten, darauf zu dringen, daß die Arbeiten in Werkstätten und nicht als Heimarbeit ausgeführt werden, und zwar aus hygienischen Rücksichten. Das möchte ich besonders besürworten, da die Arbeiterwohnungen meist so beschränkt sind. Die Arbeiter werden nicht so bezahlt, daß sie eine größere Wohnung beziehen können, sie haben nur wenige Zimmer und wohnen mit Frau und Kindern in demselben Zimmer, wo sie arbeiten müssen. Daß da die Gefahr vorliegt, daß Krankheiten verbreitet werden, wenn einer in der Familie krank wird, liegt auf der Hand. Ich möchte den Wunsch aussprechen, daß die Polizeidirektion bei dieser Gelegenheit etwas mehr die Arbeiter in Bremen berücksichtigen möge.

2. Gesundheitspflege.

Herr Böttcher: Ich erlaube mir folgenden Antrag zu stellen:

Die Bürgerschaft wünscht, daß für den Transport Verunglückter, welche zu Tode gekommen sind, ein Wagen angeschafft werden möge, und ersucht daher den Senat, die Polizeidirektion zu veranlassen, geeignete Vorschläge zu machen.

Ich möchte bemerken, daß es nicht meine Absicht ist, daß ein Wagen angeschafft werde, wie wir schon einen haben, wo die Körbe hinaufgestellt werden, wo dann der Verunglückte hineingepackt wird und das Blut nebenher läuft. Ich wünsche einen Wagen ähnlich dem Krankenwagen — — —

Präsident: Ich bitte, nicht zu motivieren, Sie wissen doch.

Der Antrag wurde genügend unterstützt und dann zurückgestellt.

Herr Fr. Meyer: Ich möchte bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam machen, daß vor einiger Zeit eine überaus große Anzahl von Personen vorm Osterthor eine Petition eingereicht haben betreffs Aufhebung der Helenenstraße als Kontrollstraße. Ich möchte die Bürgerschaft ersuchen, den Senat um einen Bericht zu bitten, ob es

notwendig ist, daß eine solche Kontrollstraße bleiben muß, und wenn dies der Fall ist, in Erwägung zu ziehen, die Straße nach einer anderen Gegend der Stadt zu verlegen, wo sie nicht so der großen Öffentlichkeit preisgegeben ist, wie in der Steinthorsvorstadt. (Widerspruch.)

Präsident: Sie haben nur einen Wunsch ausgesprochen?

Herr Fr. Meyer: Ich wollte den Antrag stellen.

Präsident: Bitte den aufzuschreiben.

Präsident: Für das chemische Laboratorium sind hier einzustellen die schon bewilligten 1500 M.

Herr Groninger: Das müßte beim Titel Hochbau geschehen.

Meteorologisches Observatorium.

Antrag der Budgetkommission.

Herr Kropp: Ich habe mich nach Schreibmaschinen erkundigt. Sie wissen, daß in Bezug auf Schreibmaschinen große Fortschritte gemacht sind. Jedensfalls wird dadurch eine Schreibhilfe weniger erforderlich. Ich möchte darum beantragen,

für eine Schreibmaschine 250 M. einzusetzen.

Präsident: Ist für 250 M. eine gleichwertige Schreibmaschine zu beschaffen?

Herr Kropp: Ja. (Widerspruch.)

Der Antrag wurde nicht genügend unterstützt.

Die Anträge der Budgetkommission wurden angenommen.

3. Krankenanstalt.

Antrag der Budgetkommission.

Senatskommissar Herr Bürgermeister Dr. Gröning: Es ist mir vom Vorsitzenden der Deputation für die Krankenanstalt gesagt worden, daß der Antrag auf Streichung von nur 115 M. auf einem Irrtum beruht. Für beide Permanentbäder sind die Sockel aus Emailfarbe bereits im vorigen Jahre fertiggestellt, daher sind nicht 115, sondern 230 M. zu streichen.

Der Antrag der Budgetkommission wurde mit dieser Aenderung angenommen.

Die Anträge in der Mitteilung der Senats vom 15. Januar (Oberpfleger und Oberpflegerin des St. Jürgen-Asyls) wurden angenommen.

4. Standesamt.

Die hierauf bezüglichen Anträge in der Mitteilung des Senats vom 15. Januar wurden angenommen.

Präsident: Herr Meyer hat seinen Antrag folgendermaßen formuliert:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat um einen Polizeibericht darüber, ob das Bestehen einer Kontroll-

straße notwendig und, wenn das der Fall, in Erwägung ziehen zu wollen, ob die Kontrollstraße nach einem abgelegeneren Orte verlegt werden kann. Der jetzige Zustand der Helenenstraße ist bei dem überaus großen Verkehr, welcher sich dort vorüber bewegt, durchaus nicht mehr zeitgemäß.

Der Antrag wurde genügend unterstützt und dann zurückgestellt.

6. Polizeidirektion.

Herr Voigt: Ich kann nicht unterlassen, bei dieser Gelegenheit eine Maßnahme der Polizei zu kritisieren, und zwar handelt es sich darum, Umzüge der Arbeiter, die diese geplant haben, zu beschränken oder gänzlich zu verbieten. Was dem einen erlaubt ist, sollte auch dem andern erlaubt werden. Das ist aber nicht der Fall, sondern es wird mit zweierlei Maß gemessen. Seit Jahren ist es der Wunsch der Arbeiter, am 1. Mai einen größeren Umzug zu veranstalten. Vonseiten der Polizei ist das immer abgewiesen; im vergangenen Jahre ist der Umzug allerdings gestattet, aber mit der Einschränkung, daß er nicht durch verkehrsreiche Straßen gehen darf. Jedes Mitglied der Bürgerschaft wird wissen, daß, wenn irgend eine sonstige Festlichkeit vorliegt, die Polizeibehörde sofort die Erlaubnis zum Umzug giebt, aber hiervon wird eine Ausnahme gemacht, wenn Arbeiter eine Festlichkeit veranstalten. Ich verweise darauf, daß der Umzug zum Gewerkschaftsfest erst vom Grünen Kamp aus erfolgen durfte. Im vorigen Jahre wurde eine Ausnahme gemacht, da erfolgte die Aufstellung schon auf dem Spielplatz an der Nordstraße, aber mit der Einschränkung, daß der Umzug nur gestattet wurde in gewissermaßen nicht belebten Teilen der Stadt. (Die folgenden Ausführungen des Redners sind nur in Bruchstücken verständlich.) Wenn man diese Umzüge mit der Motivierung verweigerte, daß sie eine Verkehrsstörung seien, so könnte man dem zustimmen, es müßte dann aber allgemein geschehen. Den Radfahrern z. B., die sich stellenweise ganz räpelhaft — einen andern Ausdruck dafür giebt es nicht — benommen haben, hat die Polizei vollen Schutz und Freiheit gewährt, aber wenn die Arbeiterschaft ruhig und verständig einen Umzug veranstalten will, so wird das verboten. Ebenso wird nicht gestattet, daß weibliche Personen an dem Umzug teilnehmen. Zum Steuerzahlen sind sie gut genug. . . . Ich möchte den Wunsch aussprechen, daß die Polizeidirektion in Zukunft den Arbeitern dieselben Rechte gewährt wie anderen Gesellschaften.

Die Anträge wurden angenommen.

Präsident: Ich will darauf aufmerksam machen, daß wir schon vorhin die erforderlichen neuen Stellen bewilligt haben bei der Position III 1 Allgemeine Ausrüstungskosten. Ich erwähne das nur der Ordnung wegen, weil die Sache eigentlich erst jetzt bei Position III 6 zu erledigen ist. Ich nehme an, daß die Bürgerschaft auch hier die Bewilligung aussprechen wird.

Herr Kropf: Im vorigen Jahre habe ich einen Antrag, betreffend Aufstellung einer Normaluhr beim Doventhor, eingebracht. Wir wissen aber immer noch nicht, was die Glocke geschlagen hat und ob wir die Uhr bekommen oder nicht. Ich möchte bei dieser Gelegenheit an den Beschluß der Bürgerschaft erinnert haben.

7. Straßenreinigung und Tonnenabfuhr.

Herr Tippenhauer: Ich will meinen Klagen Ausdruck geben über die mangelhafte Reinigung unserer Straßen. Das ganze Jahr, namentlich den Winter hindurch, war es mit den Straßen geradezu trostlos bestellt. Der Straßenbahn erlaubt man, Salz zu streuen, hält sie aber nicht an, den dadurch entstehenden Schlamm zu entfernen. Der Zustand, der diesen Winter Ecke Ubbremersstraße und Hansastrasse, da, wo die Wagen der Ringbahn halten, bestand, spottete jeder Beschreibung, da mußten diejenigen, welche in einen Ringbahnwagen wollten, durch eine 4 bis 5 Zoll hohe Schmutzmasse. Beim Osterthor, da waren gleich Rehrmaschinen thätig, um die Straßen wieder sauber zu machen. Da wohnen auch die Millionäre, da geschieht etwas; aber in der westlichen Vorstadt, da wohnen ja auch nur Arbeiter, da läßt man den lieben Herrgott walten und wartet, bis der die warme Sonne scheinen läßt. Die Bürger dürfen nur zur Nachtzeit Salz streuen und am andern Morgen bereits muß alles wieder beseitigt sein. Die Straßenbahn streut am Tage Salz und man veranlaßt sie nicht, die Folgen des Salzstreuens zu beseitigen. Da drückt die Polizei nicht bloß ein, sondern beide Augen zu. Einige Hauptverkehrsstraßen sind besser gereinigt, aber die Nebenstraßen hat man ruhig so lange liegen lassen, bis unser Herrgott ein Einsehen gehabt hat. Ich bin Mitglied der Deputation für die Straßenreinigung. (Hört! Hört!) Ja „Hört! Hört!“ das ist der richtige Ausdruck dafür. Ich glaubte, ich könnte dort meine Klagen vorbringen. (Herr Richter Dr. Grote: Natürlich!) „Natürlich“, ruft Herr Richter Dr. Grote. Ja, aber wenn ich in der Deputation meine Klagen vorbringe, dann sagt der Herr Senatskommissar: Wir haben kein Geld. Und weil wir kein Geld haben, deshalb sehen wir dem Unternehmer durch die Finger. Doch ich will dem Unternehmer keinen Vorwurf machen. Der kann nicht anders; aber wir sollten sagen: Das Geld, das für die Straßenreinigung notwendig ist, das wollen wir bewilligen, damit dem Zustande, wie er jetzt besteht und der einer Stadt wie Bremen unwürdig ist, beseitigt werde. So wie die Straßen jetzt gereinigt werden, na, das ist unter aller Kanone. Seiner Zeit, als wir so häufig Glatteis hatten und infolgedessen die Pferde stürzten, da hat die Bürgerschaft zu meiner Dankverpflichtung einen Dringlichkeitsantrag angenommen, wonach der Senat ersucht wurde, die Polizeidirektion mit einem Berichte zu beauftragen darüber, welche Maßregeln ergriffen werden sollten, um vielfachen Unglücksfällen vorzubeugen. Der Bericht soll immer noch kommen, und ich möchte doch, daß

er noch in absehbarer Zeit käme. Es ist der berühmte Kommissions- und Deputationsnagel; ob es nun noch einen dritten Nagel giebt, das weiß ich allerdings nicht. Vor Glätteis sind wir ja bis jetzt so weit in diesem Winter verschont geblieben; aber es kann doch nächsten Winter wieder eintreten, und deshalb sollten wir zu rechter Zeit Vorsorge treffen, damit nicht die Gesundheit unserer Nutztiere aufs Spiel gesetzt wird. Wenn wir hier das Geld bewilligen, dann wird auch Geld da sein. Wenn ich aber als Mitglied der Deputation in derselben etwas beantrage, so habe ich gar keinen Einfluß.

Herr Voigt: Ich will nicht unterlassen, darauf aufmerksam zu machen, daß manche Straßen höchstens alle acht bis vierzehn Tage gereinigt werden. Das ist ein Zustand, der nicht weiter bestehen kann. Wenn der Unternehmer mit dem Gelde nicht auskommen kann, wird die Bürgererschaft bereit sein, ausreichende Mittel zu bewilligen. Manche Straßen kann man im Winter kaum, ohne lange Stiefel anzuziehen, passieren. Ich möchte den Wunsch aussprechen, daß die Polizeidirektion dafür Sorge trage, daß die Straßen besser gereinigt werden. In Bezug auf die Tonnenabfuhr möchte ich den Wunsch äußern, daß die Polizeidirektion dafür Sorge, daß dieselbe während der Mittagszeit unterbleibt. (Sehr richtig!) Viele Arbeiter sind wegen der räumlichen Verhältnisse gezwungen, ihr Mittagmahl in der Küche einzunehmen. Die Küche führt aber sehr oft auf den Hof, und da ist es geradezu ekelhaft, wenn gerade zur Mittagszeit die Tonnen gewechselt und durch die Küche getragen werden. Dann möchte ich darauf hinweisen, daß die Futterspinnerei die Latrinereinigung mit Hilfe offener Wagen vornehmen läßt. Auch das ist ein Zustand, den die Polizei nicht dulden sollte.

Herr Th. Heinken: Die Vorredner haben mit Recht die eben gehörten Klagen geführt; daß ein Mitglied der Deputation hier solche Klagen führt, das ist bezeichnend. Ich möchte bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß die Gänge überhaupt nicht gereinigt werden. Wenn die Anwohner nicht ein Einsprechen haben, bekümmert sich niemand darum. Wir haben neulich eine Vorlage angenommen über die Beleuchtung der Gänge, und es wäre zu wünschen, daß nun auch die Polizeidirektion ein wachsames Auge auf die Reinigung der Gänge hat.

Herr Krome: Es könnte nach den Ausführungen des Herrn Tippenhauer den Anschein erwecken, als wenn die östliche Vorstadt in Bezug auf die Straßenreinigung vor anderen Stadtteilen bevorzugt wäre. Das ist aber nicht der Fall. Zum Beweise möchte ich anführen, daß ich mich veranlaßt gesehen habe, meinen Laden während der Zeit, wo die Kunden bedient wurden, reinigen zu lassen, weil schließlich niemand mehr zutreten konnte.

8. Feuerwehr.

Herr Weller: Wenn ich bei dieser Gelegenheit einen Wunsch äußere, so glaube ich damit nicht allein zu stehen. Die technischen Einrichtungen der Feuerwehr sind im

letzten Jahrzehnt so sehr vervollkommenet — wir erhalten ja in etwas Kenntnis davon aus dem Jahresbericht, aus dem letzten sogar durch Abbildung — daß bei manchen Herren, nicht allein bei mir, der Wunsch bestehen wird, die jetzigen Einrichtungen der Feuerwehr kennen zu lernen. Ich möchte diesem Wunsche hiermit Ausdruck geben.

9. Straßenbeleuchtung.

Der Antrag der Budgetkommission wurde angenommen.

10. Wasserbedarf.

Senatskommissar Herr Bürgermeister Dr. Gröning: Für den Senat kann ich die Mitteilung machen, daß er mit der Erhöhung einverstanden ist, so daß sich damit der Vorbehalt erledigt.

Präsident: Da sich niemand weiter zum Worte meldet, so nehme ich an, daß die Bürgererschaft sich mit der Erhöhung vorbehaltlos einverstanden erklärt.

11. Landherrnamt.

Herr Tippenhauer: Im Spezialbudget werden 350 M. für Pferdemonsterung verlangt. Früher wurden diese Musterungen alle 5 bis 10 Jahre vorgenommen, nach dem neuen Gesetze muß das aber alle Jahre geschehen. Nun möchte ich bitten, daß bei der nächsten Musterung etwas anders verfahren wird als diesmal. Zunächst ist es unverantwortlich, etwa 1000 Pferde auf eine Stunde zu bestellen. Die Polizei hat ihre Beamten 4 bis 5 Wochen vorher herumgeschickt; jedes Pferd war notiert, und die Besitzer der Pferde hatten bestimmte Nummern für ihre Pferde bekommen, da konnte man doch leicht eine Nummernreihe auf die und die Stunde, eine andere auf eine andere Stunde bestellen. Aber alle 1000 Pferde zu einer Stunde zu bestellen, das mag ja für die Beamten bequem sein, ist aber für die Pferde und die Besitzer durchaus nicht zu verantworten. Die letzten Pferde sind erst abends wiedergekommen. Die Besitzer und die Pferde haben da von 9 Uhr morgens bis 6 Uhr abends herumstehen müssen. Dazu war die Witterung noch nicht einmal schön. Ich will keinen Stein darauf werfen; es war eine neue Einrichtung. Es kommt aber jetzt in jedem Jahre wieder, und ich möchte bitten, in Zukunft zweckmäßiger zu Werke zu gehen. Dann möchte ich noch einen andern Wunsch hier äußern. Es wurde bekannt gemacht, daß die Pferdebesitzer in der Vorstadt rechts von der Georgstraße an einem Tage und diejenigen links von der Georgstraße an einem andern Tage und zwar auf dem grünen Ramp mit ihren Pferden erscheinen sollten. Dieser Platz mag für manche Stadtteile bequem liegen, nicht aber für die nördliche und westliche Vorstadt. Die Herren scheinen andere Plätze nicht zu kennen, und deshalb möchte ich auf den Spielplatz an der Nordstraße hinweisen. Es wäre wünschenswert, wenn in Zukunft mehrere Musterungsplätze bekannt gemacht würden. Wer mit den Pferden nicht erscheint, muß schwere Strafe bezahlen, und die ganze Maßregel ist im Interesse der Landesverteidigung

ja auch notwendig; aber es könnte wohl etwas mehr Rücksicht auf die Besitzer der Pferde genommen werden.

Herr Otten: Bei den Fuhrwerksbesitzern herrscht der größte Unwille darüber, wie die Sache diesmal gemacht ist. Die Leute haben besonders darüber geklagt, daß sie die Güter vom Bahnhof nicht haben wegholen können — es war an einem Sonnabend — und deshalb 5 M. Standgeld bezahlen mußten. Eine so unpraktische Einrichtung, wie sie hier getroffen ist, habe ich lange nicht gesehen. Um 9 Uhr sind die Leute bestellt. Wenn aber der Herr Major um 10 Uhr erscheint, so ist das immer noch früh genug. Man konnte es doch mit Leichtigkeit so einrichten, daß alle halbe Stunde 100 Pferde zur Stelle waren. Man kann doch unmöglich von den Fuhrwerksbesitzern verlangen, daß sie den ganzen Morgen auf dem Grünentamp sich aufhalten. Wer vergütet denn den Leuten die Zeit, und wer transportiert ihnen die Waren zur Bahn und von der Bahn weg? Mir ist es unverständlich, wie man eine solche unpraktische Einrichtung treffen kann. Jedenfalls muß ich denen, die diese Sache gemacht haben, praktischen Sinn absprechen.

Herr Ch. Herm. Meyer: Ich möchte nur etwas richtigstellen. Ich bin im wesentlichen mit den beiden Herren einverstanden, es ist aber nicht richtig, daß die Pferde solange haben dort bleiben müssen. Bis sieben Uhr ist kein Pferd dagewesen, nach zwei Uhr ist keines mehr dagewesen. Im übrigen aber könnte nach den Vorschlägen verfahren werden. Ich habe es vorgezogen, meine Pferde nicht um 10 Uhr hinzubringen, sondern erst um $\frac{1}{2}$ 2.

Herr Krome: Ich möchte den Wunsch aussprechen, ob nicht für die Musterungen eine andere Jahreszeit gewählt werden könnte. Ich habe zwei Leute hingeschickt, die haben sich beide total erkältet bei dem furchtbaren Wetter, einer hat 14 Tage in ärztlicher Behandlung sein müssen, was ich auf diese Sache schiebe.

IV. 1. Finanzdeputation.

Die bezüglichen Anträge in der Mitteilung des Senats vom 15. Januar wurden angenommen.

5. Öffentliche Grundstücke.

Herr Otten: Ich erlaube mir folgenden Antrag zu stellen:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, veranlassen zu wollen, daß die Behörden, welche Staatsgebäude und Inventar versichern, eine Zusammenstellung der versicherten Gebäude etc. und die dafür bezahlten Prämien, der Bürgerschaft zur Prüfung dieser Materie zugehen zu lassen.

Der Antrag wurde genügend unterstützt und dann zurückgestellt.

8. Zollverwaltung.

Der Antrag der Budgetkommission wurde angenommen.

V. 5. Kirchspielschulen.

Der Antrag der Budgetkommission wurde angenommen.

6. Volksschulen.

Der Antrag der Budgetkommission wurde angenommen.

11. Technikum.

Die Anträge der Budgetkommission wurden angenommen.

Nach 13, Stadtbibliothek.

Herr Rippe: Ich erlaube mir folgenden Antrag zu stellen:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat die Schuldeputation zu einem Bericht zu veranlassen, ob es für Bremen erwünscht und nötig ist, eine Handels-Fortbildungs- und eine Handels-Hochschule zu errichten. Auch die Handelskammer wäre zu einem Gutachten zu veranlassen.

Der Antrag wurde genügend unterstützt und dann zurückgestellt.

Schluß der Sitzung 8 Uhr 50 Minuten.

